

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

30.8.1922 (No. 201)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postkontonummer: Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. B. Reaktor, E. H. F., Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 135 M. — Einzelnummer 2 M. — Anzeigengebühr: 3 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe an Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kaszerrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontenabrechnung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telegraphische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte.

Es liegt Veranlassung vor, darauf hinzuweisen, daß der Empfang von Armenunterstützung auf das Wahlrecht zu den Reichs-, Landes- und Gemeindevertretungen sowie zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten keinen Einfluß mehr ausübt; insoweit sind auch das Reichsgesetz vom 15. März 1909 über die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte, sowie das badische Gesetz gleichen Betreffs vom 4. Juli 1910, gegenstandslos geworden.

Der Weg zu gesunden Währungsverhältnissen.

Im Rahmen der Beratungen über die weltwirtschaftlichen Fragen der Gegenwart, die Wehmi und Reichsverband der deutschen Presse anlässlich der Leipziger Messe veranstaltet haben, sprach Prof. Cassel-Stochholm über das Thema: „Der Weg zu gesunden Währungsverhältnissen.“ Er führte folgendes aus:

Wer den Weg zu gesunden Währungsverhältnissen erkennen will, muß erst Klarheit über den Prozess gewinnen, der zur Zerrüttung auf dem Gebiete der Valuten führte. Worin besteht diese Verschlechterung? Darin, daß durch die willkürliche Schaffung neuen Geldes die neue Kaufkraft künstlich geschaffen wurde. Unter normalen Verhältnissen sieht jeder neu geschaffene Kaufkraft eine dem Werte nach entsprechende Menge von Produkten oder produktiven Diensten gegenüber. Dieses Gleichgewicht wird aber dann zerstört, sobald einfach durch Notendruck oder noch einfacher durch die Fabrikation von Bankguthaben Kaufkraft geschaffen wird, ohne eine gleichzeitige Vermehrung dessen, was gekauft werden kann. Diese Verwässerung oder Inflation des Geldes bedeutet tatsächlich eine qualitative Verschlechterung der Währung. Wir wissen, daß die Währungsverschlechterung die Folge einer künstlichen Schaffung neuer Kaufkraft ist. Wodurch wird aber diese hervorgerufen? Drei verschiedene Ursachen können wir hier unterscheiden. Zuerst kam der Krieg, dann die Revolution und zuletzt die Kriegsentwöhnungspolitik der Alliierten.

Inwiefern die wirtschaftlichen Erschütterungen von Krieg und Revolution auch die Valuta ungünstig beeinflussen, bedarf kaum einer näheren Ausführung. Heute interessiert vor allem der verberliche Einfluß der von den Alliierten betriebenen Kriegsentwöhnungspolitik. Die Entwöhnungspolitik wird festgehalten ohne die geringste Rücksicht auf die Möglichkeit einer Zahlung. Da auch noch die Kosten der Besetzung sowie die Entwöhnungssummen für das besetzte Gebiet deutsche Auslandseigenen hinzukommen, so blieb der Reichsregierung kein anderer Weg übrig als die fortgesetzte, immer weiter ausgedehnte Ausnutzung der Notendresse. Diese Finanzierungs-methode bedeutet die vollkommene Verwässerung der deutschen Kaufkraft um einen wesentlichen Teil ihres Einkommens, wodurch die allgemeine Lebenshaltung in Deutschland bedenklich herabgedrückt wird. Der Politik der Alliierten liegt in nicht geringem Maße die primitive Auffassung zugrunde, daß ein Teil des ziffernmäßig geschätzten deutschen Volkseinkommens flüssig gemacht und als Entwöhnung ausgegahlt werden kann. Jeder solche Versuch muß aber unermesslich zur Inflation führen.

Die Wirkung der allgemeinen Inflation auf die internationalen Währungsverhältnisse bedarf nur einer kurzen Andeutung. Die Ungleichmäßigkeit der Verschlechterung der einzelnen Valuten hatte eine starke Verschiebung der internationalen Wechselkurse zur Folge. Der internationale Wert einer Valuta wird im wesentlichen von ihrer inneren Kaufkraft bestimmt. Dabei sind gewisse Valuten international unterbewertet. Darunter hat namentlich Deutschland sehr zu leiden. Die deutsche Mark würde nicht derart unterbewertet sein, wenn der ausländische Marktführer für seine Mark beliebige Waren in Deutschland zu Inlandspreisen kaufen könnte. Dies wird aber von Deutschland nicht gestattet. Es ist klar, daß Deutschland überhaupt nicht anders handeln kann. Die ausländischen Marktguthaben sind größer, als daß sie von Deutschland auf Sicht in Waren eingelöst werden könnten. Die Unterbewertung der deutschen Mark im Ausland ist daher nicht verwunderlich. Die Ententepresse, die dahinter immer wieder Kunstgriffe der deutschen Finanzpolitik sucht, täte viel besser daran, erst einmal die tieferen Ursachen der Unterbewertung der Mark zu studieren, wobei hauptsächlich die Zerrüttungspolitik gegenüber Deutschland und die Abspernungspolitik gegen die Zufuhr deutscher Waren, andererseits die dem deutschen Markt aufgezwungene Einfuhr von nicht wünschenswerten Waren zu nennen sind. Neben der Inflation ist für die internationalen Währungsverhältnisse auch die Verminderung der Kaufkraft des Geldes von Wichtigkeit.

Wie kann nun heutzutage die Welt wieder zu gesunden Währungsverhältnissen gelangen? Die erste Bedingung dafür ist das Aufhören jeder weiteren Inflation. Die Regierungen dürften nicht länger neue Kaufkraft mit Hilfe der Notenpresse oder dadurch schaffen, daß sie Bankguthaben lediglich durch Lombardierung von Regierungsschuldverschreibungen erlangen. Genauso muß die private Kreditvermehrung durch hohe Zinssätze eingeschränkt werden, so daß der Bankkredit nur gemäß den wirklichen Ersparnissen der Volkswirtschaft gewährt wird. Der erste Anspruch an brauchbares Geld ist heute die Stabilität. Bei einer Sanierung der deutschen Finanzen bedarf es keineswegs eines neuen Währungssystems. Vielmehr kann man sehr wohl die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands auf der Beibehaltung der Markvaluta aufbauen, wenn diese erst einmal wieder stabil geworden, sei es auch auf der gegenwärtigen inneren Kaufkraft der Mark. Eine wirkliche Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse ist unmöglich, solange sich die politischen Zustände nicht bessern. Nur ein wirklicher wahrer Friedenszustand kann die Weltwirtschaft vor der fortschreitenden Zerrüttung retten, vor allem muß im internationalen Handel die Handelsfreiheit und die Stabilität der Handelsbeziehungen wieder hergestellt werden. Ohne Zweifel wird künftig das Gold wiederum die allgemeine Währungsgrundlage sein.

Um den Wert des Geldes zu stabilisieren, bedarf es einer genauen Regelung der internationalen Verschuldung. Es gilt für die Forderungsländer, nicht nur auf ihrem Forderungsrecht zu bestehen, sondern sich mehr und mehr klarzumachen, wie dem Schuldner die Zahlung selbst tatsächlich ermöglicht werden kann. Der Stabilisierung der Valuta selbst wird die Wiederherstellung einer neuen Goldparität an Stelle der alten folgen, die auf dem Wertverhältnis der neuen stabilisierten Papierwährungen sich aufbauen wird. Mit am schwersten dabei hat es Deutschland. Das deutsche Valutaproblem nimmt eine zentrale Stellung in den internationalen Valutaschwierigkeiten ein. Die Inflation in Deutschland kann nicht durch eine Vermehrung des Steuerbruchs zum Stillstand kommen; denn dieser erscheint schon jetzt jegliche volkswirtschaftliche Kapitalbildung. Auch nicht durch eine Zwangsanleihe, deren umgehende Einzahlung ebenfalls zur Vermehrung der Geldzeichen beitragen würde, sondern nur durch eine gründliche Revision der deutschen Zahlungsverpflichtungen. An dieser Aufgabe kann keine Finanzkontrolle und kein aufgezwungener Steuerdruck etwas ändern. Die Zeichen des deutschen finanziellen Zusammenbruchs haben sich von Jahr zu Jahr gemehrt. Alles deutet darauf hin, daß das Ende nahe ist, insbesondere der letzte gewaltige Sturz der Mark. An die Stelle der Ausbeutung Deutschlands muß eine Politik des positiven Wiederaufbaus Europas treten. Wir müssen zum wirklichen Frieden kommen. Geschicht dies nicht, dann bleibt uns nur das Chaos.

Professor Dr. Schumacher (Berlin) ergänzte die Ausführungen Cassels über die Stellung Deutschlands in der Weltwirtschaft. Der mit der Arbeits- und Kapitalkraft im Kriege getriebene Aufbau, so führte der Redner aus, zehre noch immer an der Kapitalkraft der Weltwirtschaft und zerstöre nicht nur unmittelbar das Kapital, sondern auch die Fähigkeit, Kapital neu zu bilden. Europa kann sich allein nicht helfen, da dem großen europäischen Passivum der Zahlungsbilanz ein gewaltiges Aktivum Amerikas gegenübersteht. Daher wird sich Amerika den europäischen Angelegenheiten auf die Dauer nicht entziehen können. Die Voraussetzung dafür hält man aber erst dann für gegeben, wenn Frankreich die schwere Wahl zwischen seinem politisch-militärischen und seinem wirtschaftlich-finanziellen Ziel getroffen hat. In diesem Punkte steht die Frage amerikanische Politik der Zurückhaltung ein. Es fragt sich aber nur, wie lange das schwer erkrankte Europa diese Politik des Abwartens aushalten kann; denn es befindet sich jetzt im Stande der galoppierenden Schwindsucht. Ein Wiederaufbau der weltwirtschaftlichen Tätigkeit ist nicht möglich ohne Kapitalbildung im Ausland, und die sogenannte Kapitalflucht bedeutet vielfach nichts anderes. Soweit es sich um wirkliche Kapitalflucht handelt, ist sie zum Teil die Folge einer ungesunden Verwaltungspraxis und der formalen Rechtsprechung, die Goldwert und Papierwert gleichsetzt. Der einzige Aktivposten, den unsere Zahlungsbilanz noch besitzt, besteht in dem Reisetrafik von Ausländern, der aber, so weit es sich um reine Valutareise handelt, eine sehr bedenkliche Erscheinung ist. Aus unseren Leistungen vor dem Kriege erwächst immer noch eine gewaltige Überschuldung der deutschen Leistungsfähigkeit, die durch den kritiklosen Optimismus von deutscher Seite als Ergebnis der Inflation mit ihren großen Ziffern noch gefördert wird, während sich hinter der Inflation die Verarmung eines großen Volkes verbirgt. Allein durch die Gebietsabretungen haben wir eine Fläche verloren, die dreieinhalbmal so groß als das französische Reparationsgebiet ist. Die Notwendigkeit, auf diesem verminderten Gebiet eine dichtgedrängte Bevölkerung zu ernähren bedeutet für die Handelsbilanz infolge der lebensnotwendigen Einfuhr eine außerordentliche Steigerung der Passivität. In Bezug auf die Eisen- und Stahlindustrie sowie den Kohlenbergbau sind wir aus einem Ausfuhrland zu einem Einfuhrland geworden.

Aber auch dieses Zerrüttungswert an der deutschen Wirtschaft hätte sich vielleicht noch ausgleichen lassen, wenn wir unsere Kräfte frei entfalten könnten, um den Organismus des deutschen Wirtschaftskörpers wieder aufzubauen. Die Verpflichtung zu unendlichen Reparationszahlungen läßt es aber als ausgeschlossen erscheinen, daß eine Gesundung anders als mit fremder Hilfe erfolgen könnte. Das wurde glücklicherweise zutreffend in Genoa erkannt und ausgesprochen. Die Stabilisierung der Reparationsverpflichtungen im Rahmen des Möglichen unter Zuhilfenahme des Kredits ist das einzige Mittel, die Stabilisierung der Markwährung zu erreichen, wonach heute die Welt lauter schreit als es je der Fall war.

Politische Neuigkeiten.

Die Reparationsfrage.

Über die Details des Planes zur Sicherung der Holz- und Kohlenlieferungen an die Alliierten durch direkte Lieferungsverträge hatte gestern die Reichsregierung eine Aussprache mit führenden Industriellen des Kohlenbergbaues und der Holzindustrie. Lt. F. B. haben sich die Vertreter des Kohlenbergbaues damit einverstanden erklärt, mit der Reichsregierung in Verhandlungen über den Abschluß solcher privatrechtlicher Lieferungsverträge einzutreten. Als Unterhändler für den Kohlenbergbau wurden die Herren Stinnes, Peter Klä-

ner, Dr. Silberberg und Direktor Böhnen genannt. Ähnliche Verhandlungen über die Holzlieferungen sollen sich unmittelbar anschließen. Eine Besprechung mit den maßgebenden Vertretern der Bergarbeiterverbände und mit den Spitzenorganisationen der Arbeiter ergab gleichfalls die grundsätzliche Bereitschaft der Arbeiterorganisationen, an der Durchführung der Lieferungsverträge mitzuwirken.

Die Reichsregierung hat von diesem Ergebnis der gestrigen Besprechungen ihren zu Verhandlungen mit der Reparationskommission nach Paris entsandten Vertretern sofort telegraphisch Kenntnis gegeben. Das von der Reichsregierung angeforderte Memorandum über den deutschen Garantievorschlag dürfte am Abend nach Paris abgegangen sein, so daß es heute der Reparationskommission vorgelegt werden kann. Nötigenfalls werden, falls sich die Erörterungen über den deutschen Vorschlag in Paris länger hinzuziehen, auch Vertreter der beteiligten deutschen Industriegruppen daran teilnehmen.

Paris, 29. Aug. Die Sitzung der Reparationskommission, an der als Vertreter Deutschlands der Staatssekretär Dr. Schröder vom Reichsfinanzministerium teilnimmt, findet morgen vormittag um halb 11 Uhr statt.

London, 29. Aug. Der parlamentarische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ teilt mit, daß in der gestrigen Kabinettsitzung die Reparationsfrage im allgemeinen erörtert worden sei. Es heißt, Bradburys Bericht über die Berliner Verhandlungen habe dem Kabinett vorgelegen.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt, Bradburys Hinweis auf die schwereren sozialen und politischen Folgen, die seiner Ansicht nach eintreten müßten, falls Zwangsmaßnahmen oder zu weitgehende Kontrollmaßnahmen gegen Deutschland zur Anwendung kämen, habe starken Eindruck hervorgerufen.

London, 29. Aug. Die Londoner Abendblätter weisen auf den viel zuverlässigeren Ton in der Pariser Presse in der Frage des Moratoriums hin. Die bereits gemeldeten Erklärungen Bradburys gegenüber dem Pariser Vertreter des „Times“ werden eingehend gewürdigt. „Ball Ball and Globe“ bezeichnet es als ganz besonders günstig, daß Großbritannien in der Reparationskommission durch Bradbury vertreten ist; denn schon sein Name bürgere für eine gesunde Finanzpolitik. Im Leitartikel sagt das Blatt: „Bradbury hat die strittige Frage der Reparationskrisis in aller Deutlichkeit dargelegt, die weder Frankreich noch irgend ein anderer mißverstehen könnte.“ — „Evening Standard“ sagt, es sei bezeichnend, daß Bradbury den gegenwärtigen Augenblick gewählt habe, um seine nachdrücklichen Erklärungen abzugeben.

Eine Warnung Bradburys.

Der Pariser Berichterstatter der „Times“ meldet, daß der britische Delegierte in der Reparationskommission, Bradbury, obwohl er seine Ansicht nicht häufig öffentlich ausspricht, angesichts der Dringlichkeit und des Ernstes der Lage sich bereit erklärt habe, dem Berichterstatter gegenüber folgende wichtige Erklärung abzugeben: „Der unparteiische Beobachter, der alle Faktoren in Betracht zieht, kann keinen Zweifel darüber haben, daß die Lage Deutschlands deartig ist, daß die Alliierten, wenn sie irgend einen ernstlichen Wunsch haben, Reparationen zu erhalten, verpflichtet sind, der deutschen Regierung ein gewisses Vertrauen und eine gewisse Gunst zu erweisen und danach zu streben, die Bedingungen zu erhalten, unter denen Deutschlands Kredit wiederhergestellt werden kann. Ich habe stets im Interesse Frankreichs, wie auch im Interesse Großbritanniens gehandelt. Ich habe die tiefgehende Überzeugung gewonnen, daß uns nur zwei Wege offenstehen. Der eine ist der, Deutschland Zeit zur Erholung zu gewähren. Dies würde unsre einzige Aussicht auf die Verwirklichung unserer Forderung in Deutschland bedeuten. Der andere Weg ist der, zu drohen und schließlich praktische Aktionen zu unternehmen. Dieser letztere Weg würde das Ergebnis haben, daß jede Hoffnung auf Reparationen schwinden müßte. Wir sind zweifellos an dem kritischen Punkte angelangt, wo wir uns entscheiden müssen, ob wir ein Deutschland haben wollen, das künftig in der Lage sein wird, seinen Verbindlichkeiten nachzukommen, oder ob wir ein ruiniertes und hilfloses Deutschland haben wollen, von dem wir ganz gleich mit welchen Mitteln, vollkommen außer Stande sein werden, weitere Zahlungen zu erhalten. Jeder Druck, der dazu bestimmt ist, die guten Absichten der deutschen Regierung zu stärken, könnte möglicherweise vom Standpunkte der Reparationen verteidigt sein, aber jeder Akt der Art, wie sie vorgeschlagen sind, würde zweifellos die Mark noch weiter herunterdrücken und wenn sie einen gewissen Punkt erreicht hat, wird es ihr schwer sein, wieder zu steigen. Die Folgen einer Forderung von Barzahlungen im gegenwärtigen Augenblick oder des Verlangens nach Garantien, die für Deutschland unmöglich sind, sowie die Anwendung von Funktionen zur Erzwingung von Barzahlungen und Garantien würden vielleicht nicht nur verhängnisvoll für Deutschland sein, sondern eine unmittelbare Auswirkung in anderen Ländern haben. Der wirtschaftliche und finanzielle Zustand der Welt ist derart, daß keine weiteren Stöße vertragen werden können. Vom politischen Standpunkte aus würde zweifellos sehr viel zu sagen sein, aber meine Funktionen gestatten mir augenblicklich nur, die Lage von wirtschaftlicher und finanzieller Seite zu betrachten und als einer, der sorgfältig die Frage der Reparation geprüft hat bin ich jetzt gezwungen, die Warnung zu geben, daß der einzige Weg von Deutschland irgend etwas zu erhalten, der ist, Deutschland eine Frist zu gewähren und für die Wiederherstellung seiner Kredite kein Hindernis in den Weg zu legen, während der andere Weg der ist, ohne Bewußtsein der ungeheuren Erschütterung zu handeln, die den Staat der jetzt droht, begleiten und auf ihn folgen werde.“

Amerika und Deutschland.

Die Londoner Äußerungen des früheren demokratischen Präsidentschaftskandidaten Cox über die Lage Deutschlands und Österreichs, die in dem Verlangen gipfeln, daß Amerika eingreife, und sein aktives Interesse durch Delegation Hoover in die Reparationskommission betundet, finden in New-York bis jetzt nur spärliche Kommentare. Man darf h. „Frank. Blg.“ darin einen Beweis dafür sehen, daß die Meinung der amerikanischen Öffentlichkeit, sich mit den europäischen Angelegenheiten stärker zu befassen, weiterhin sehr gering ist. Immerhin ist erwähnenswert, daß der frühere Kongreßmann Bartholdt, der bei einem Aufenthalt in Deutschland Reichspräsident Ebert sprach, mit Präsident Harding eine lange Konferenz hatte, in der er Deutschlands Notlage beschrieb.

Aus seiner Unterredung mit Lloyd George hat Senator Cox der Presse folgende Mitteilung gemacht: „Zur Heilung der Wirtschaftslage und zur Lösung des Reparationsproblems muß Amerika sofort zur Hilfe eilen, da der englische und französische Gegensatz unüberbrückbar erscheint. Es dürften drei Ermäßigungen genügen, die für ein Eingreifen Amerikas sprechen: 1. daß die Gelegenheit zum Eingreifen niemals günstiger gewesen sei; 2. daß, wenn Amerika seine Absatzgebiete nicht verlieren wolle, die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas kommen müsse; 3. daß Amerika, wenn es die Schulden Europas aufrecht erhalten wolle, sich darüber klar sein müsse, daß es nicht die geringste Aussicht auf Bezahlung seiner Schulden habe, falls es den Ruin auch eines seiner Schuldner zuließe. Das Schicksal Europas liege in der Hand Amerikas und Europa habe nur den einen Wunsch, daß Amerika das endlich begreife.“

Äußerungen Tom Shaws.

Der geschäftsführende Sekretär der Zweiten Internationale und Abgeordnete im Unterhaus, Tom Shaw, der sich gegenwärtig gemeinsam mit den Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Zoubang und Fimmen, in Deutschland aufhält, äußerte sich einem Vertreter des „Vorwärts“ gegenüber über den Zweck der Untersuchungsreise, die diese Kommission nach Deutschland geführt habe. Tom Shaw erklärte, die Kommission beabsichtige, die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland zu untersuchen mit dem Ziel, die europäische Arbeiterschaft über die wahren politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland an der Hand eines eingehenden Studienmaterials zu unterrichten, das durch eine Neuntagskommission zusammengestellt werden soll. Die Kommission sei eine von den drei Unterkommissionen, die gebildet worden seien. Zwei andere Unterkommissionen würden in nächster Zeit ebenfalls nach Deutschland reisen. Gemeinsam soll dann ein endgültiger Bericht ausgearbeitet werden, der einem nach Paris einberufenen allgemeinen Kongreß zur Erörterung und Beschlußfassung vorgelegt werden soll.

Im Verlauf der Unterredung betonte das Mitglied der englischen Arbeiterpartei, daß die Auffassung, Deutschland führe seinen Bankrott und den Sturz der Welt abwärts herbei, in den ernsthaften politischen Kreisen Englands entschieden bekämpft werde. Auch die englische Regierung habe kürzlich durch den Schatzkanzler Sir Robert Horne ausdrücklich erklärt, daß Deutschland ernsthaft entschädigungssummen später bezahlen könne, daß es aber hierzu einer längeren Atempause bedürfe. Wenn auch Deutschland in der Vergangenheit manchen finanzpolitischen Fehler begangen habe, so glaube doch auch die englische Regierung nicht an einen abschließlichen deutschen Bankrott. Die englische Arbeiterpartei bekämpfe diese Theorie ganz entschieden. Für sie sei der Verfall der Wirtschaftskrise in Deutschland und in der ganzen Welt. Auch die Auffassung, als würde durch eine starke Welle der Arbeitslosigkeit in Deutschland für England, die deutsche Konkurrenz wieder ausgeschaltet, so daß sich also dadurch die englische Arbeitslosigkeit verringere, bestehe nicht und sei höchst lächerlich. Eine Verschärfung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland könne nur eine Verschlechterung der Lage des englischen Volkes zur Folge haben. Im Augenblick erhebe die Stabilisierung des Marktkurses als eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Gesundung der Verhältnisse. Im übrigen mache sich in letzter Zeit ein sehr fühlbarer Umschwung in der englischen öffentlichen Meinung Deutschlands gegenüber bemerkbar.

Tom Shaw glaubt zum Schluß die Versicherung abgeben zu können, daß Neubauten in England ein ganz anderes Bild ergeben würden, als die Wahlwahlen vom Dezember 1918, und daß insbesondere die Arbeiterpartei zweifellos sehr viel Sitze gewinnen würde. Das habe neuerdings das glänzende Resultat der Nachwahlen in South Hackney bewiesen, bei der zwar der Arbeiterkandidat mit 72 Stimmen unterlegen sei, in einem Kreise aber, in dem es 1918 überhaupt kein

Arbeiterkandidaten gegeben habe. Dieses Ergebnis habe die höchsten Erwartungen der Partei bei weitem übertraffen.

Amerika und die schwarze Schmach.

Der frühere italienische Ministerpräsident Nitti hat im Paese am 20. August neuerlich einen Appell an die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten gerichtet, endlich der Schmach ein Ende zu machen, die die Anwesenheit von Negertrouppen am Rhein für die europäische Zivilisation darstellt. Er schreibt u. a.: „Wenn die Deutschen, um das amerikanische Volk zu erniedrigen, in die Städte der atlantischen Küste Negeregimenter aus Afrika gebracht und verlangt hätten, daß das amerikanische Volk, um die Gelüste der Neger zu befriedigen, diesen amerikanischen Frauen zu liefern hätte, so würde ganz Amerika vor Entsetzen aufgeschrien haben.“ Nitti bemerkt, im Interesse der Zivilisation, der menschlichen Würde, halte er es für richtig, nicht wiederzugeben, was in dem von ihm in Deutschland, England und Amerika gesammelten Affen über die schwarze Schmach erzählt wird. „Der Schmerzensschrei der deutschen Frauen trifft unsere Seele. Er ist der furchtbarste Vorwurf, der christlichen Völkern gemacht wird, die angeblich mehrere Jahre für den Triumph der Zivilisation und Gerechtigkeit gekämpft haben. Amerika, das den Sieg entschieden hat, darf diesen Zuständen nicht indifferent gegenübersehen. Seine gewaltige Stimme muß sich gegen die Rückkehr der Barbarei erheben. Amerika muß uns nicht nur seine ökonomische Suprematie, sondern zugleich auch seine Moral auferlegen, da diese in Europa in gegenseitigem Haß verloren gegangen ist. In den Ufern des Rheins sind viele schreckliche Dinge geschehen. Niemals haben sie aber früher die Gesichter von Regierungen gesehen, die aus Afrika gekommen sind, um den zivilisiertesten Männern der Welt die Rechte des Sieges und den Frauen das Recht der Gewalt aufzuerlegen. Frauen, die überall durch ihre Erziehung und ihre häuslichen Tugenden in der Welt bekannt sind.“ Nitti schließt seinen erschütternden Mahnruf mit folgenden Worten: „Wir erwarten, daß Amerika mit aller seiner Energie jene Völker Europas zur Wirklichkeit zurückführe, die so schlechte Schuldner und so unerfütterliche Gläubiger sind, jener Völker, die Neger an den Rhein schicken, um Schuldner, die nicht zahlen können, hierzu zu zwingen, und die dann ihrerseits, während sie für den Krieg unfinnige Summen wegwerfen, erklären, daß sie weder ihre Schulden noch selbst die Zinsen ihrer Schulden bezahlen können.“

Die „Heuschreckenplage“ im Rheinland.

Das „Journal des Débats“ schreibt: „Man fordert die Franzosen auf, ihre Ferien in den Rheinlanden zu verbringen. Dies wäre eine ausgezeichnete Propaganda, die den Frieden fördern könnte, falls man die Reisenden auswählt und nur gut erzogene Leute hinschicken könnte. Leider ist diese Wahl sehr schwierig und es sind nicht die richtigen Kapitel, die diese Mission übernehmen. Gelegentlich des diesmonatlichen „Rout“ haben sich riesige Schwärme von Touristen über die Rheinlande hergestürzt. Es waren darunter manche liebenswürdige und ruhige Leute, aber die anderen waren Radumacher, die sich wie in einem eroberten Lande benahmen, mit Siegesgebeten und rohem, ungehoblen Auftreten, und es ist unnötig, zu sagen, daß gerade die letztere Kategorie von den Einheimischen beobachtet wurde.“

Andere, denen das Reisen eine ungewohnte Sache ist, nahmen es wie eine persönliche Beleidigung, weil man sie nicht verstand. Sie konnten es nicht fassen, daß ein Volk, dem sie die hohe Ehre antun, es zu besuchen, nicht ihre Sprache spricht, wäre es selbst der Pariser Dialekt. Man sah eine südfrenzösische Familie, die nach Barren wollte, und die gegen die Bahnbauten wütete, weil man ihnen den „Train de Barren“ nicht angeben konnte. Man hätte diese Mißstände wahrscheinlich auch in Paris nicht besser verstanden! Aber in Wiesbaden (Wiesbaden!) nahmen sie dies für die ärgste Beschimpfung und verlangten unter wütenden Geschrei nach dem Polizeikommissar, um sich zu beschweren!

Andere konnten sich, trotz des ungewohnten Tiefstandes der Welt, nicht damit befreunden, daß sie für jeden Einkauf viele Mark aufzählen mußten. Sie hatten ganz auf die Freude vergessen, die sie in Frankreich empfanden, als man ihnen für wenige Franken beim Kaufschalter ganze Bündchen von Markscheinen ausshändigte, und sie beschimpften den „Deutschen Dieb“ (ce voleur de poche!!!), der ihnen 150 M.

für eine Speise aufrechnete, ohne sich zu erinnern, daß die Mark weniger als einen Centime wert ist.“

Französische Heuchelei u. Scheinheiligkeit.

Der „Temps“ antwortet auf einen weiteren Artikel des „Daily Chronicle“ in dem Frankreich der Vorwurf gemacht wird, daß es seine Politik auf seine dauernden Bedürfnisse nach Rüstung gründe, und in dem erklärt wird, England werde seine Forderungen an Frankreich nicht aufgeben, wenn Frankreich nicht seine militärischen Ausgaben vermindere. Der „Temps“ betont, daß man also in dem Augenblick, in dem Hindenburg in München die deutsche Jugend öffentlich ermahne, sich für die Revanche vorzubereiten, man Frankreich den Vorwurf mache, eine militärische Politik zu treiben. Unter dem Vorwande des französischen Militarismus habe man das französische Programm abgelehnt, das bei Aufhebung der internationalen Schulden es ermöglicht hätte, die deutsche Schuld zu vermindern und die europäische Krise beizulegen. Der „Temps“ zieht darauf einen Vergleich zwischen dem Militärbudgets von Frankreich und England, und erklärt, daß die französischen militärischen Ausgaben sich auf etwas über 5 Milliarden beläufen, während Englands militärische Ausgaben etwas weniger als 8 Milliarden betrügen, ohne Berücksichtigung der militärischen Ausgaben der britischen Kolonien, die in Indien allein etwa 3 1/2 Milliarden Francs betragen. Der „Temps“ drückt seine Verwunderung darüber aus, daß man Frankreich den Vorwurf einer militärischen Politik machen könne.

Nach einer Savasmeidung aus Pau hielt bei der Eröffnung des Generalrates Barthou eine Rede, in welcher er erklärte, er sei in der Absicht zur Konferenz nach Genoa gegangen, die vollständige Loyalität Frankreichs darzulegen, die Mißverständnisse, Legenden und Verleumdungen zu zerstreuen, sowie zu erklären, daß Frankreich auf seine erworbenen Rechte nicht verzichten könne, die ihm durch den von 29 Mächten unterzeichneten Friedensvertrag gegeben seien. Im Verlaufe der heiligen Genueser Verhandlungen habe es Schwierigkeiten gegeben, die noch nicht bekannt seien; es werde aber die Stunde kommen, wo sie es in vollem Umfange sein würden.

Barthou sagte weiter: Der europäische Friede könne für Frankreich nur dann annehmbar sein, wenn man ihm gegenüber alle Verpflichtungen, die ihm garantiert seien, erfülle und wenn diejenigen, die den Krieg gewollt hätten (Gewalt haben vor allem Voinaré und seine russischen Helfer den Krieg; Red.), die Verantwortlichkeit dafür u. die Folgen auf sich nahmen. Frankreich sei seinen Freunden und Verbündeten treu, aber es habe das Recht, auch von seinen Freunden und Verbündeten zu verlangen, daß sie ihm dieselbe Treue hielten. Es habe sich in den Augenblicken, welche Opfer gefordert hätten, an ihrer Seite befunden und habe auch das Recht, von ihnen zu verlangen, daß sie im Augenblick der Reparationen ihm zur Seite ständen. Wenn man Frankreich die Frucht seines (??) Sieges verweigere, dann sei Frankreich groß und stark genug, um zu handeln und zu verlangen, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfülle. Frankreich habe für Deutschland genug bezahlt, und es sei notwendig, daß Deutschland für die Verbrechen, die es begangen habe und für die es verantwortlich sei, bezahle.

Demnächst wird Herr Barthou wohl behaupten, Frankreich sei 1914 seinen bedrohten Verbündeten zu Hilfe geeilt, habe für diese den Sieg errungen und sei seitdem von Deutschland seines letzten Gemüdes herabsturz worden.

Schwere Kämpfe in Kleinasien.

„Daily Mail“ berichtet aus Konstantinopel: Gerade jetzt, wo Vorbereitungen wegen der Abhaltung einer Konferenz über den nahen Osten in Venedig gemacht werden, haben die türkischen Nationalisten eine Offensive gegen die Griechen in Kleinasien unternommen. Große türkische Streitkräfte begannen einen Angriff gegen die Griechen bei Afium-Karabissar, dem strategischen Mittelpunkt, 200 Meilen östlich von Smyrna. Nachdem sich der türkische Angriff entwickelt hatte, begannen die Griechen eine Gegenoffensive. Die schweren Kämpfe wurden fortgesetzt. Die Griechen haben einen Gegenangriff gegen die Türken bei Gisi-Schehir, etwa 100 Meilen nördlich von Afium-Karabissar begonnen. Die Türken berichten von Fortschritten an beiden Kampfstellen. Inzwischen konzentrieren die Griechen weitere Truppen in der Nähe der Tschataltscha-Linie in Thrazien.

Die „Agence d'Athènes“ veröffentlicht folgenden Specialbericht vom 28. August: Die sehr starke feindliche Offensive, die am 26. August begonnen hat und auch nachts nicht unterbrochen wurde, dauerte gestern an der Südfront bis Daskalio an. Die angreifenden feindlichen Kräfte werden auf zehn Divisionen mit sehr starker Artillerie geschätzt. Der Kampf geht weiter.

Inbetriebnahme der Neubauten des pathologischen Instituts in Freiburg.

DZ. Zu einer schlichten Eröffnungsfeier hatte für Montag, den 28. August, der Direktor des pathologischen Instituts der Universität Freiburg, Geheimrat Aschoff, Vertreter der Regierung, der staatlichen und städtischen Behörden, der Gewerkschaften usw. eingeladen. Zu seiner Begrüßungsansprache hatte Geheimrat Aschoff das Thema „Pathologische Anatomie und soziale Medizin“ gewählt. Eingangs seiner Ausführungen schilderte er die Verhältnisse des Instituts, wie er sie bei seiner Übernahme vor 16 Jahren angetroffen hat und wie sie sich im Laufe der Jahre mit der Zunahme der Studierenden als in jeder Beziehung zu klein erwiesen haben. Dank des Entgegenkommens der Reichs-, Staats- und städtischen Behörden und Dank der finanziellen Unterstützung von Gönnern war es möglich, das Institut neuzeitlich auszubauen und so auszustatten, wie es sich bei seiner heutigen Vollendung präsentiert und als Vorbild für gleichartige Institute erweist. Geheimrat Aschoff streifte dann die Verhandlungen mit den staatlichen und städtischen Behörden, als deren Ergebnis schließlich das heute vollendet dastehende Werk zu betrachten ist, und wies mit Nachdruck darauf hin, daß er die an ihn in der Zwischenzeit ergangenen ehrenvollen Rufe nach Wien und Berlin aus dem Grunde abgelehnt habe, weil er durch Errichtung der Neubauten und bindende Zusicherungen von Unterstützung seitens der Krankenhäuser ein ihn vollkommen befriedigendes Arbeitsfeld gefunden zu haben glaubt.

In seinen weiteren Ausführungen begründete Geheimrat Aschoff den Wert der Leichenöffnung für die Pathologie und die Erforschung des menschlichen Organismus und Lebens. Nach seinem Dafürhalten kann die Wissenschaft auf die Leichenöffnung nicht verzichten, und er bittet, alle dazu berufenen Kreise, die gegen eine Leichenöffnung noch geltend zu machenden Widersprüche durch weitgehendste Aufklärung aufzuheben. Er schilderte im weiteren Verlauf die Geschichte der Leichenöffnung, die bis auf die ältesten Anfänge der Heilkunde zurückgeht, und wies darauf hin, daß bereits unter anderen in früherer Zeit auf Anordnung

der Päpste die Leichen zur Feststellung der Todesursache geöffnet wurden, so daß also religiöse Bedenken in keiner Weise geltend gemacht werden könnten. Er wies ferner auf den alten Gebrauch hin, daß man in fremden Ländern gefallenen oder gestorbenen hervorragenden Persönlichkeiten das Herz herausgenommen hat, um dasselbe in der Heimat zu bestatten. Auf Grund der Geschichte glaubt Geheimrat Aschoff zunächst jeden Widerspruch gegen die Leichenöffnung beseitigen zu können und erkennt mit Dank an, daß sich bereits die Widersprüche dank der Aufklärung aller deutschen Volksteile immer mehr herabmindern. Nur ein letzter Widerspruch werde immer laut, daß die Leichenöffnung lediglich egoistischen wirtschaftlichen Interessen entspreche und dieselbe nur dem Unterricht diene.

Der Redner wies demgegenüber darauf hin, daß gerade die Angehörigen gebildeter Klassen von sich selbst aus die Leichenöffnung beantragen und den größten Wert auf die wahre Feststellung der Todesursache eines Verstorbenen legen. Das Interesse des einzelnen müsse also zum Wohl der Allgemeinheit zurücktreten. Professor Aschoff schilderte dann die grundlegende Bedeutung der Leichenöffnung für die Ausbildung der Ärzte, für das Studium der öffentlichen Hygiene, für die Seuchenbekämpfung und für den neuesten Zweig der Medizin, nämlich die soziale Medizin. Von der Voraussetzung ausgehend, daß jede soziale und arbeitende Schicht ihre besondere Krankheiten hat, fordert er eine besondere Form der ärztlichen Zuständigkeit, nämlich die Gewerbe- und Arbeitsmedizin, d. h. die Heilkunde angewandt auf den arbeitenden Menschen. Es wird dabei hauptsächlich zu studieren sein die Frage der Leistungsfähigkeit, die Anlagen des arbeitenden Individuums, seine Gewohnheit zur Arbeit und seine Anlagen zur Arbeit. Zu studieren hat die Arbeitsmedizin ferner die Konstitution des Arbeitenden, seine vererbten Anlagen, seine entwickelten Anlagen und seine angepakteten Anlagen, ferner die Disposition des einzelnen Individuums, die mit der Funktion der Nerven mit innerer Sekretion aus engster Verknüpfung ist, abgelesen von den intellektuellen, moralischen und sittlichen Anlagen des einzelnen Individuums, deren Pflege und Studium Sache der Schule ist. Die psychischen Anlagen allein sind Sache der pathologischen Forschung und für diese andererseits

ist die Leichenöffnung eine unumgängliche Notwendigkeit. Geheimrat Aschoff verwies dann auf die neuzeitlichen Forschungen und Ergründungen in Bezug auf Kropf, Storkut usw. und hauptsächlich Arteriosclerose, die man bis vor kurzem als eine Erscheinung des Alters betrachtet hat. Die neuesten Forschungen haben ergeben, daß die Arteriosclerose bereits mit der vollzogenen Geburt des Individuums beginnt, und daß dieselbe in mehr oder weniger kurzem Zeitraum zum Absterben des Individuums führt, je nachdem sich dasselbe selbst verbräutet. Die Erhaltung der Anlage des Individuums und das Stadium des damit eng zusammenhängenden Nervensystems wird in Zukunft für Hand- und Kopfarbeiter von ausschlaggebender Bedeutung und Hauptaufgabe der pathologischen Anatomie und damit der Leichenöffnung sein. Im Interesse der Allgemeinheit sollten daher die immer wieder auftauchenden Widersprüche gegen diese wissenschaftlichen Erfordernisse zum Schweigen gebracht werden, und nach seiner Meinung sind gerade die Gewerkschaften und Berufsvereinigungen dazu berufen, hier in weitesten Volkstufen aufklärend zu wirken.

Nachdem Geheimrat Aschoff allen denjenigen, die an der Erweiterung des Instituts geistigen Anteil haben, die durch ideelle und finanzielle Unterstützung das Werk gefördert haben, seinen Dank ausgesprochen hatte, sprach ein Regierungsvertreter Worte des Dankes an Geheimrat Aschoff und wies darauf hin, daß das neue Gebäude die Physiognomie des Erbauers trägt, nämlich die des Geheimrats Aschoff, der sich lediglich von dem Gedanken der Sachlichkeit und reinwissenschaftlichen Arbeit leiten ließ.

Den Festvortrag hielt Professor Mittanura aus Tokio, der über die neuen wissenschaftlichen Forschungen der japanischen Medizin sprach. Er behandelte in rein akademischen Ausführungen die japanische Forschungstätigkeit auf dem Gebiete der experimentellen Gesamtsystemforschung, der Veri-Veri oder experimentellen Kreislauf, über nur in Japan auftretende Infektionskrankheiten, wie infektiöse Gelbfuhr, gelbes Fieber, Molluskschilfer, Fledermaus- und Uberschwemmungsfieber, Amöbenfisteln und andere Parasitenkrankheiten. Dem Vortrag schloß sich ein Rundgang durch die gesamten Anlagen des Instituts an.